

Kantonsrat

Parlamentsdienste

Rathaus / Barfüssergasse 24
 4509 Solothurn
 Telefon 032 627 20 79
 Telefax 032 627 22 69
 pd@sk.so.ch
 www.parlament.so.ch

A 043/2007 (DDI)

Auftrag Fraktion SP/Grüne: Schuldenberatungsangebot im Kanton Solothurn sowie Schuldenpräventionsmassnahmen für Jugendliche (14.03.2007)

Der Regierungsrat wird beauftragt zu prüfen, wie das notwendige Beratungsangebot im Kanton Solothurn für Schuldensanierung geschaffen und die Finanzierung dazu sichergestellt werden kann. Ebenso ist zu prüfen, welche Präventionsmassnahmen gegen die zunehmende Verschuldung von Jugendlichen in Schule und Ausbildung verbindlich eingeführt werden können.

Begründung (14.03.2007): schriftlich.

Wer im Kanton Solothurn eine Schuldenberatung möchte, kann dies nur über das Sozialamt der Wohngemeinde machen oder über private und caritative Organisationen. Sanierungen werden dort vorabgeklärt, für weitere Dienste werden die Hilfesuchenden an die Schuldenberatung Aarau weiterverwiesen, welche dank eines bis Ende 2007 befristeten Leistungsauftrags des Solothurnischen Vereins für Schuldensanierung die Schuldenberatung von Einwohnerinnen und Einwohnern des Kantons Solothurn übernommen hat.

Das ist für die meisten betroffenen Personen eine grosse Hemmschwelle. Einerseits brauchen sie Hilfe, andererseits möchten sie deshalb nicht aufs Sozialamt oder in einen anderen Kanton. Die Leistungen der Schuldenberatung sind im Übrigen nur befristet und finanziell nicht gesichert. Die Gemeinden haben die notwendigen Strukturen bis heute nicht geschaffen. Der Kanton ist deshalb gefordert, die nötige Unterstützung zur Schaffung eines Beratungsangebotes zu geben.

Es braucht dringend eine neutrale Stelle für Schuldenberatung und Schuldensanierungen im Kanton, die allen Einwohnern und Einwohnerinnen zur Verfügung steht.

Die Dringlichkeit ergibt sich aus der erwiesenermassen zunehmenden Verschuldung vieler Jugendlicher und jungen Erwachsenen. Fachleute schätzen, dass bereits ein Viertel der 18–24 Jährigen Schulden haben, Tendenz steigend!

Mit dem bestehenden Beratungsangebot werden Jugendliche und junge Erwachsene in unserem Kanton ungenügend oder zu spät erreicht.

Um Schuldenkarrieren zu minimieren oder gar zu verhindern sind Präventionsmassnahmen und Angebote wie: Umgang mit dem eigenen Budget, Finanzaufklärung über Konsumkredite und weitere Themen im Umgang mit Geld auf der Oberstufe und in Berufsschulen zu überprüfen und verbindlich einzuführen und im Lehrplan als obligatorisches Fach zu verankern.

Unterschriften: 1. Marianne Kläy, 2. Susanne Schaffner, 3. Evelyn Borer, Hans-Jörg Staub, Philipp Hadorn, Andreas Bühlmann, Clemens Ackermann, Heinz Glauser, Barbara Banga, Clivia Wulimann, Walter Schürch, Martin Straumann, Thomas Woodtli, Brigit Wyss, Stephanie Affolter, Iris Schelbert-Widmer, Urs Huber, Andreas Ruf, Trudy Küttel Zimmerli, Ulrich Bucher, Regula Zaugg, Manfred Baumann, Christine Bigolin Ziörjen, Jean-Pierre Summ, Reiner Bernath, Markus Schneider, Ruedi Heutschi. (27)

